

Redaktion, Administration und
Anzeigen-Entgegennahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Ordnung und Polizei-
Anzeiger:
L. Schulterstraße 13.

Telephon:
Redaktion 880
Administration 900
Anzeigen-Entgegennahme 911
Städtischer Anzeiger 922
Wittale II 924
XV 926
XVI 941
XVII 1717

Telegraphische Adressen:
Arbeiter-Zeitung Wien.

Postbankkonten:
Gemeinschaftliche Postkonten 19210
Provinzialkonten 16708
Sonderkonten 13344
Ungarn 4222

Anzeigen übernehmen
alle Anzeigen in und
ausländischen Anzeigenbüros.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus
Wöchentlich K 1.-
Monatlich 4.20
Vierteljährig 12.60

Probingab und Ungarn:
Monatlich K 4.60
Vierteljährig 13.80

Deutschland: Viertel K 20.-
Für alle anderen dem Velpostverein
angehör. Länder: Viertel K 25.-

Abonnement werden angenommen
in der Administration, V. Rechte
Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulterstraße 13, Tel. 911
II. Bismarckgasse 30, Tel. 4228
III. Mehlmarkt 5, Tel. 6244
IV. Ringstraße 6, Tel. 33128
V. Ringstraße 34, Tel. 34148
VI. Ringstraße 2, Tel. 1717
VII. Ringstraße 14

Für die an fremde Postträger oder
Beziehler bezahlten Beträge leisten
wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 311.

Wien, Donnerstag, 14. November 1918.

XXX. Jahrgang.

Die monarchische Legende.

Morgen schon dürfte Karl, den sie am 30. Dezember 1916 in Budapest unter unerhörtem Pomp zum König von Ungarn gekrönt haben, die Thronentfugung aussprechen und sofort danach wird sich Ungarn als Republik erklären. Damit wird ein Verhältnis beendet, das viele Jahrhunderte gewährt hat und, mannigfacher Störungen ungeachtet, die Bürgerschaft aller Zeiten in sich zu tragen schien. In dem Gesehrtitel II vom Jahre 1687 „erklären die gesamten Stände dieses Königreiches und der damit verbundenen Teile, daß sie in Zukunft niemand anderen als den Erstgeborenen unter den leiblichen Erben Seiner k. und k. Majestät als ihren rechtmäßigen Herrn und König anerkennen und krönen werden“, und mit der Krönung glaubte man, eine geradezu mystische Verbindung zwischen der „heiligen“ Stephanskrone und dem Hause Habsburg herbeizuführen. Vorüber! Und wie unheimlich rasch! Daß Wort von Marx, daß Revolutionen die Lokomotiven der Weltgeschichte sind, ist in diesen letzten Zeiten wohl jedermann zum Bewußtsein gekommen. Es ist kaum ein Monat her, daß in Ungarn die Demission der Regierung Weferle nicht angenommen worden war, und wo hält man heute! Als am 16. Oktober Weferle ankündigte, daß Ungarn die Absicht habe, sich von Oesterreich zu trennen, schien es eine ungeheuerliche Wendung. Und heute! In diesem einen Monat ist Oesterreich von der Bildfläche verschwunden, eine staatliche Gemeinschaft von sechsundzwanzig Millionen Menschen zur Gänze aufgelöst worden. Weferle redete noch davon als von einer Verbindung, an die sich jedermann zu halten habe, daß Ungarn nicht angetastet, daß an sein Gebiet nicht gegriffen werden dürfe, ja er meinte, für Ungarn noch die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina fordern zu können. Heute ist der südslavische Staat fertig, die Tschechen nehmen Ungarn die Slowakei fort und Rumänien ist willens und imstande, Ungarn alles Gebiet wegzunehmen, wo Rumänen wohnen, sogar, wo sie in der Minderheit sind, und das Reich der Stephanskrone sieht sich auf die ethnographischen Grenzen des Ungarntums beschränkt. Und dieser furchtbare Umschwung, in dem eine tausendjährige Staatlichkeit versinkt, ist das Werk eines Monats! Freilich in Deutschland hat sich der Umsturz noch rascher vollzogen: am Freitag hat es mit dem Abziehen der Fürsten angefangen und heute sind sie schier alle erledigt. Aber diese Ummwälzung ist doch in der Hauptsache politischer Natur, Land und Staat bleiben unangetastet, wogegen in Oesterreich der ganze Staat verschwand und in Ungarn wenig von ihm übrigbleibt. War das alles so morsch und zermürbt, daß es beim ersten Ansturm in sich zusammenfiel?

Der ganze so kunstvoll-unnatürliche Bau der habsburgischen Herrlichkeit liegt in Trümmern. Welch eine Staatlichkeit! Zwei selbständige Staaten, die dennoch eine Einheit bilden sollen. Der eine aus siebzehn Ländern bestehend, von denen viele gegeneinander im ewigen Kampfe standen. Auf der anderen Seite wieder ein eigener Staat neben dem Gesamtstaat, nämlich Kroatien, und schließlich, als Auswuchs, die zwei Länder, deren staatsrechtliche Einordnung noch immer die Okkupation und die Annexion bildete. Und das sollte dem Sturme trotzen, der durch Europa rast? Dieses Gebilde, das durch kein anderes Band zusammengehalten war als durch die Dynastie, mußte in demselben Augenblick seine Ohnmacht erfahren, da sich die Menschheit von dem Gängelbände des Monarchismus losgesagt hatte; und daß dieser Widerstand den Krieg nicht überleben könne, war vorweg klar. Die Weltgeschichte hat Augenblicke, wo sie gründliche Arbeit macht und von der Grundlage bis zur Spitze alles umwirft, was sonst, weil es im Besitze war, im Recht sich wähnte. Welche Kämpfe mußten bisher um ein bißchen Wahlrecht geführt werden, wieviel Hindernisse hat die bescheidenste Reform gefunden! Die Revolution kommt und vor ihrem glühenden Atem schmilzt alles, was für die Jahrhunderte ausgerichtet zu sein schien.

Und dabei erkennt man erst recht den trügerischen Charakter der alten Werte. Was ist alles zusammen-

geschwefelt worden von der „Liebe“, die die Völker für „ihre Monarchen“ angeblich haben, wie sie an ihren Fürsten hängen und welch unermeßliches Glück sie daran finden, gerade diesen zum Landesvater zu haben! Und schickt man sie fort, so kräht nächsten Tag kein Hahn nach ihnen! Keiner ist bestürzt, da er plötzlich ohne Kaiser oder König dasteht, keiner fühlt eine Lücke, niemandem ist etwas verlorengegangen, und durch Jahrhunderte hat man den Völkern eingeredet, haben sie es geglaubt, daß sie es ohne Potentaten nicht aushalten würden! Zu Ende ist die monarchische Legende, und die Welt hat das Gefühl, als wäre ein Spul zerstoßen.

Die tschechische Republik.

Morgen wird im Sitzungssaal des böhmischen Landtages die konstituierende Nationalversammlung des tschechischen Staates zusammentreten, um die tschechische Republik zu proklamieren. Das tschechische Volk hat in dem Befreiungskampf, den es seit 1848 jah und opferwillig geführt hat, gesiegt, es hat die große Entscheidungsschlacht, die es in den letzten vier Jahren mit bewundernswürdiger Selbstaufopferung und Mannhaftigkeit gegen einen mächtigen und brutalen Gegner geschlagen hat, gewonnen. Es hat in diesen vier Jahren hundertmal so ausgehalten, als wäre die Sache der Tschechen verloren; aber sie sind auch in den schwersten Augenblicken nicht kleinmütig geworden, sie haben auch unter den ungünstigsten Umständen festgehalten und heute ist ihrer der Sieg. Wir deutschen Sozialdemokraten freuen uns redlich dieses Sieges. Denn wenn eine Nation frei wird von jahrhundertlangem Zwange, wenn sie frei wird, ihr Schicksal selbst zu gestalten, so ist ihr Sieg der Sieg aller Völker. Auch wir hätten heute nicht unsere deutschösterreichische Republik, auch wir hätten heute nicht die Möglichkeit, wieder heimzugehen in den Schoß unseres großen deutschen Vaterlandes, uns einzuliefern der großen deutschen Republik, wenn nicht an tschechischer Fähigkeit das alte Oesterreich zerfallen wäre. Wir haben für das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen gekämpft, als die deutsche Bourgeoisie sie noch unterjochen zu können wähnte, und wir freuen uns heute mit den Tschechen, da mit dem Selbstbestimmungsrecht des tschechischen Volkes auch das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gesiegt hat.

Aber freilich, unsere Freude ist nicht ungetrübt. Denn die tschechische Staatsgründung vollzieht sich weit mehr als die deutsche im Sinne, aus dem Geiste der Bourgeoisie. Unsere deutsche Bourgeoisie ist besiegt. Ihre Herrschaft ist zusammengebrochen. Ihre ganze Gedankenwelt ist nämlich zusammengeklüppelt. So mußte sie sich denn der Führung der Sozialdemokratie unterwerfen: der Besiegte kann seinen Anspruch nicht auf die Gewalt, sondern nur auf das Recht, nicht auf Herrschaft, sondern nur auf die Prinzipien der Demokratie stützen. Ganz anders ist es bei den Tschechen. Die tschechische Bourgeoisie hat gesiegt. Auf die Armeen der Entente bauend, ist sie heute siegestrunken. Ihre Herrschaftsgelüste weisen jetzt der tschechischen Nation ihren Weg. Es ist der Weg des Sieges: der Weg der Gewalt, nicht des Rechtes, der Weg der Herrschaft, nicht der Demokratie.

Jeder Bourgeoisie ist der Drang nach Herrschaft, ist der Imperialismus eingeboren. Die tschechische Bourgeoisie ist heute, im Siege, nicht besser, als unsere deutsche Bourgeoisie in der Zeit ihrer Siege war. Auch die tschechische Bourgeoisie will jetzt fremde Völker gewaltsam unterjochen. Es genügt ihr nicht, das tschecho-slovakische Sprachgebiet, ein fruchtbares, an Bodenschätzen reiches Gebiet mit wenigstens neun Millionen Einwohnern, zu einem Nationalstaat zu vereinigen. Nein, sie will auch noch dreieinhalb Millionen Deutsche wider ihren Willen, gewaltsam in ihren Staat zwingen. Als ob die Tschechen nicht aus ihrer eigenen Geschichte wüßten, daß sich kein Volk dauernd vergewaltigen läßt! Als ob das Schicksal Oesterreichs nicht deutlich genug zeigte, wozu ein Staat gerät, der Millionen Menschen gewaltsam seiner Herrschaft unterwirft!

Die Tschechen haben für den tschecho-slovakischen Staat gekämpft. Und solange sie das taten, waren sie in ihrem Recht. Jetzt aber will die tschechische Bourgeoisie nicht einen tschechischen Nationalstaat

schaffen, sondern ein neues Oesterreich, einen neuen Nationalitätenstaat, der vom Tage seiner Geburt an erfüllt wäre von leidenschaftlichem nationalen Haß. Da wären neben sechsundhalb Millionen Tschechen etwa 2 1/2 Millionen Slowaken, die den Tschechen zwar nah verwandt, aber von ihnen durch Geschichte, Ueberlieferung, Sprache doch beträchtlich verschieden sind, dann 3 1/2 Millionen Deutsche, die nur die Gewalt in den tschechischen Staat gezwungen hätte, und schließlich einige hunderttausend Polen und Magyaren — in dem „tschechischen“ Staate nach dem Sinn der tschechischen Bourgeoisie hätten die Tschechen kaum die Mehrheit! Glauben die Tschechen wirklich, daß ein solcher Staat von Dauer wäre? Polen, Slowaken, Rumänen erkämpften sich die Vereinigung aller ihrer Stämme in ihren Nationalstaaten; glauben die Tschechen wirklich, daß das große deutsche Volk, neben den Russen das größte Volk Europas, dauernd so schwach sein wird, dreieinhalb Millionen seiner Volksgenossen unter der Herrschaft des kleinen tschechischen Volkes lassen zu müssen? Könnte ein solcher Staat anders enden als in einem neuen Kriege, in dem die Deutschen vom Norden, Westen und Süden her zugleich gegen Prag marschieren würden, um die dreieinhalb Millionen ihrer Volksgenossen von der Fremdherrschaft zu befreien?

Und mit welchen Mitteln will die tschechische Bourgeoisie die 3 1/2 Millionen Deutschen unterjochen? Solange wir nicht einwilligen, Deutschböhmern und Deutschmähren der tschechischen Herrschaft zu unterwerfen, sperren uns die Tschechen die Zufuhr von Kartoffeln, Zucker, Kohle — der Hunger und die Kälte sollen uns zwingen, 3 1/2 Millionen Deutsche der Fremdherrschaft preiszugeben! Das ist so recht der Geist der Bourgeoisie: sie ist es gewohnt, den Menschen ihre Freiheit um einen Bissen Brot abzukaufen! Gestern noch Unterdrückte, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpften; heute die Herren, die Millionen mit der Hungerpeitsche zur Unterwerfung zwingen — das ist ja in allen Ländern die Geschichte der Bourgeoisie!

Aber es gibt im tschechischen Volke doch nicht nur eine tschechische Bourgeoisie, sondern auch ein tschechisches Proletariat! Können tschechische Proletarier deutschen Proletariern ihr Selbstbestimmungsrecht verweigern? Können tschechische Arbeiter deutschen Arbeitern das Recht absprechen, sich der deutschen sozialistischen Republik anzuschließen? Kann das tschechische Proletariat ruhig zusehen, wie bald da, bald dort tschechische Truppen in deutsche Städte einrücken, um sie gewaltsam zu annektieren? Können die tschechischen Sozialdemokraten eine Politik unterstützen, die Millionen Menschen aushungern will, um sie zum Verzicht auf ihre Freiheit zu zwingen? Wir haben es verstanden, daß das tschechische Proletariat mit der tschechischen Bourgeoisie zusammenhängt, als es galt, die Freiheit der tschechischen Nation zu erringen; aber kann die tschechische Arbeiterklasse mit der tschechischen Bourgeoisie auch dann noch zusammengehen, wenn sie daran geht, andere Völker zu knechten? Die Arbeiterklasse jeder Nation hat die Pflicht, gegen die Herrschaft ihrer Bourgeoisie die Freiheit der anderen Völker zu verteidigen. Die deutschen Arbeiter haben diese Pflicht erfüllt; sie sind davon jahrzehntelang, sind noch bis vor wenigen Wochen von der Bourgeoisie als „Verräter“ am deutschen Volk und Vaterland beschimpft und bekämpft worden. Jetzt hat das tschechische Proletariat dieselbe Pflicht zu erfüllen. Wir appellieren heute an den proletarischen Mut, an die demokratische Gesinnungstreue, an die internationale Solidarität unserer tschechischen Genossen. In ihrer Hand liegt es, jetzt einen selbstmörderischen Bruderkampf zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern zu verhindern; in ihrer Hand, zu verhindern, daß der Imperialismus der tschechischen Bourgeoisie deutsche und tschechische Arbeiter für Jahrzehnte mit wildem Haß gegeneinander erfüllt. Wir appellieren an unsere tschechischen Genossen, zu tun, was proletarische Pflicht ihnen gebietet: wenn sie sich mutig und entschlossen gegen den tschechischen Imperialismus und die ihm dienende Absperrungs- und Hungerungspolitik auflehnen, dann, aber auch nur dann wird die große nationale Revolution in unserem Lande nicht das Signal zu neuen blutigen Kämpfen zwischen den Nationen, sondern das Beispiel zur Befreiung unserer Klasse sein!

Die Umbwälzung in Deutschland. Die Verteilung der Ressorts.

Berlin, 13. November. Das Reichsamt für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachstehende Geschäftsverteilung vorgeschrieben: Ober- und Innere und Militärische; G a s e - Meuzeres und Kolonien; S c h e i d e m a n n - Finanzen; D i t t m a n n - Demobilisierung, Verkehrsweisen, Rechtspflege und Volksgesundheit; S a n d s b e r g - Presse, Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur; S a r t h - Sozialpolitik.

Ankündigung von Reformen.

Berlin, 13. November. (Wolff.) Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten verflüchtigt mit Gesetzeskraft die Aufhebung des Belagerungszustandes sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, ferner freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Unversehrtheit, Aufhebung des Gesetzes über den väterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnungen sowie der Ausnahmestellung gegen die Landarbeiter; weiter die Wiedereinführung der Arbeiterkündigungsgesetze. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung einer gesunden Volksernährung, Aufrechterhaltung einer geordneten Produktion und Schutz des Eigentums gegen Eingriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionalssystem für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die die näheren Bestimmungen noch erlassen werden.

Umgestaltung Preußens.

Berlin, 13. November. (Wolff.) In dem Aufruf der neuen preussischen Regierung an das preussische Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte von Grund auf reaktionäre Preußen, so rasch als möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Vorklärung auf Grundlage des gleichen Wahlrechtes für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlsystem. Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, in enger Zusammenarbeit mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien unter anderem hervorgehoben: Die Schaffung der Einheitschule, Vereinigung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindervertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreise, und Provinzialverwaltungsreform, raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzuges im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundgedanken strengster sozialer Gerechtigkeit.

Bildung von Bauernräten.

Berlin, 12. November. In einem Aufruf an die deutsche Landbevölkerung fordert die neue deutsche Reichsregierung alle Schichten der ländlichen Bevölkerung zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten auf, um die Volksernährung, Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige, selbstgeschaffene Orts- und Gemeindevorstände dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, desto weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die freiwillige Befreiung der erforderlichen Lebensmittelmengen ist das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande. Dieser Zusammenhänge möge sich die ländliche Bevölkerung bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen.

Die bestehenden Organisationen der deutschen Landwirtschaft haben sich bereits mit der freiwilligen Organisation von Bauernräten an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewendet und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Bürgerliche Staatssekretäre.

Berlin, 13. November. (Telegraphenkompagnie.) Die sozialistische Regierung hat dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat W a l d e i n die Leitung des Reichsjustizamtes und dem ehemaligen Staatssekretär D e r n b u r g die Leitung des Reichsschatzamtes angeboten. Beide Herren haben sich die Entscheidung vorbehalten. An Stelle des zurücktretenden Staatssekretärs v. Stein ist der bisherige Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. August M ü l l e r für die Leitung dieses Amtes vorgesehn.

Der Chef der Reichskanzlei.

Berlin, 13. November. (Telegraphenkompagnie.) Der bekannte sozialdemokratische Journalist Kurt D a a l e, der Herausgeber der Volksrechtspartei, ist zum Chef der Reichskanzlei ernannt worden.

Offiziere als Geiseln.

Leipzig, 13. November. Oberst B i n k a u, Oberstleutnant F r e i s e sowie zehn andere höhere Offiziere sind angefaßt des widergesetzlichen Geistes des Offizierskorps gestern auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates verhaftet worden.

Die „requirierten“ Zeitungen.

Berlin, 13. November. Das „Hamburger Echo“, das bekanntlich von den Revolutionären, nachdem die alten Re-

daktoren „abgefaßt“ worden waren, am Samstag in „Die rote Fahne“ umgestaltet wurde, ist am Sonntag wieder erschienen. Wie es an der Spitze des Blattes mitteilt, soll es wieder unter altem Namen, in alter Form und unter der alten Redaktion erscheinen. Die „rote Fahne“ erscheint fortan als selbständiges Organ unter eigener Redaktion wochentäglich in den Nachmittagsstunden. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist dem Verlag wieder zurückgegeben worden, so daß der Einfall, Zeitungen zu „requirieren“, auf der ganzen Linie ausgefallen ist. Er hat kein besseres Schicksal verdient.

Das Kronsideikommiß beschlagnahmte.

Berlin, 13. November. Die Regierung hat die Beschlagnahme des preussischen Kronsideikommiß in m i t t e l m ä ß i g e n s v e r f ü g t. Das Sondereigentum des früheren Königs und der königlichen Familie ist von der Beschlagnahme ausgeschlossen.

Kaiser Wilhelm.

Amerongen, 13. November. Die niederländische Telegraphenagentur meldet: Kaiser Wilhelm ist von K e i n e m M i t g l i e d seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige im Schiffe Wohnung genommen haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser vorläufig hier bleiben wird.

Amsterdam, 13. November. Dem „Allgemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers Wilhelm in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Der deutsche Kronprinz.

Maasricht, 12. November. Die niederländische Telegraphenagentur meldet: In Begleitung des deutschen Kronprinzen befinden sich Major v. M a d a n e r, Major v. M ü l l e r, Altkommissar v. B o e n e m e i s t e r, ein Kammerdiener, zwei Wachen und drei Chauffeurs. Der Kronprinz kam von S p., wo er sich von seinen Truppen verabschiedete, auf dem Wege nach Holland.

Amsterdam, 13. November. Das „Allgemein Handelsblad“ meldet, daß der frühere deutsche Kronprinz und sein Gefolge um 12 Uhr mittags in vier Automobilen Maasricht verlassen haben. Nach einem Bericht des Preßbüros des Tages wurde der Kronprinz mit seinen Begleitern auf dem Schiffe des Grafen K e t t e r n i c h bei Smalman in der Nähe von Rotterdam interniert.

Wie der König von Sachsen abgedankt hat.

Dresden, 13. November. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ist folgendes Schreiben zugegangen:

Dresden, 13. November 1918: An den Arbeiter- und Soldatenrat Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh insblühlich an Seine Erleuchtung den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf seinen Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiterzutun.

Der Minister des Innern: Dr. R o s h.

Abdankung des Königs von Bayern.

München, 13. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Dem Ministerium des Volksstaates Bayern ist folgende Erklärung zugegangen:

Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides. Auf den 13. November 1918. Ludwig.

Auf diese Kundgebung wurde folgende Antwort erteilt: Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangestattet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verpflichten, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern: Kurt Eisner, Max v. Franzosenfer, Jaffe, Hofhaupter, Timm, Unterleitner.

Entthronung.

Verenburg, 12. November. Der „Anhalter Kurier“ meldet: Der Prinz-Regent hat für den Herzog J o a c h i m E r n s t von Anhalt auf der Thron und für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht verzichtet und selbst die Regentenschaft des Herzogtums niedergelegt. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

Dernold, 12. November. Fürst S e p p l d IV. zur Rippe hat dem Thron entsagt.

Kassel, 13. November. Nach einem Privattelegramm des „Kasseler Tageblattes“ aus Krosien hat Fürst F r i e d r i c h v o n W a l d e d u n d P y r m o n t auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Hamburg, 13. November. (Telegraphenkompagnie.) Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat erklärt den Senat für abgeschafft. Das Hamburger Stadtgebiet soll einen Bestandteil der deutschen Republik bilden.

Kämpfe mit Räuberbanden.

Hannover, 12. November. Im Bahnhof und in der Kochstraße in Linden kam es gestern nacht zu einer heftigen Schießerei zwischen Sicherungspatrouillen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren ausgerüstet waren und über zwei Automobile verfügten. Die Sicherungspatrouillen brachten vier- unddreißig Personen ein, von denen die drei Hauptverbrecher heute morgen standrechtlich erschossen wurden.

Blünderer standrechtlich erschossen.

Berlin, 13. November. (Telegraphenkompagnie.) In Berlin ist die Ordnung seit vollständig wiederhergestellt. Die Unruhen in verschiedenen Stadtteilen haben aufgehört. Das Straßenbild hat sein gewöhnliches Aussehen, nur bewegen sich in den Straßen, in welchen Feuerkämpfe stattfanden, große Menschenmengen, die die vorgekommenen Beschädigungen bewachen und die Vorgänge lebhaft diskutieren. Sonst geht nichts Besonderes vor. Das einzige, was an die unruhigen Tage erinnert, sind vereinzelte Plünderungen in verschiedenen Stadtteilen. Die Reinerneuerung ist bemüht, die Ordnung

aufrecht zu erhalten. Mit derartigen Verbrechern macht die kurzen Prozedur. Bereits gestern wurden einige Personen in der Nähe des Reichstagesgebäudes und auch heute wurden von einer Bande von sechs Mann, die auf fetter Lat ertrapp wurden, die Missethäter zum Tode und die übrigen zu zehnjähriger Kerkerstrafe verurteilt. Die Regierung legt der Bildung von Bürgerregimenten und Ausschüssen nicht nur nichts in den Weg, sondern fördert sie vielmehr. Das neu veröffentlichte Programm der Regierung wird auch von einem Teil der bürgerlichen Presse begrüßt. Ein Zeichen für die Wiederkehr der Ordnung ist die Aufnahme des Börsenverkehrs am nächsten Freitag.

Die letzte Kriegsanleihe.

Berlin, 13. November. Das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Zeilanzeigen stehen noch aus, so daß sich der Gesamttertrag noch etwas erhöhen dürfte.

Polnische Legionäre in Posen.

Posen, 12. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt folgende Bekanntmachung: Das Gerücht, daß polnische Legionäre im Anmarsch auf Posen sein sollen, beunruhigt die Bevölkerung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sofort eine Kommission, der sich unter der Führung des Abgeordneten Dr. S e n d a Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktion angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgesendet. Die polnischen Abgeordneten haben erklärt, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß eine Gefahr für die Bevölkerung Posens gänzlich ausgeschlossen ist. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist gewährleistet. Die Bildung einer Bürgerwehr, bestehend aus allen Kreisen der Bevölkerung, ist beschlossene. Wir ersuchen alle Bevölkerungsklassen, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Jeder gehe seiner gewohnten Arbeit nach. Ausschreitungen werden schwer bestraft.

Der Waffenstillstand.

Die internierten Kriegsschiffe.

Berlin, 13. November. (Wolff.) Für Zahl XX/3 des Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in Häfen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: „Bayern“, „König“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinz-Regent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Moltke“, „Von der Tann“, „Brunnen“, „Brenie“, „Sölin“, „Dresden“, „Umben“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“ und fünfzig moderne Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November, 5 Uhr früh, erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Berlin, 13. November. Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zum Vertrag zugegangen: Die Mächte auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, würden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Belgien zu besuchen, um ihre Übergabe zu sichern.

Der Waffenstillstand zur See.

Wilhelmshaven, 13. November. Nachts gab durch Funkpruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseestreitkräfte Anweisung, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Bevollmächtigte des Soldatenrates bei der Ausführung des Waffenstillstandes.

Wilhelmshaven, 13. November. Der kleine Kreuzer „Königsberg“ ging um 1 Uhr mittags mit Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admiralität in See. Den Vertretern ist eine Vollmacht mitgegeben worden, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordsee ist und der Flotte erteilt hiermit dem Obermatrosen Wilhelm B e n g t r a, dem Oberfeuermann Alfred J a n a und dem Torpedobermaschinenmeister W o l f m a n n die Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordsee, dem sich die Flotte unterstellt, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Vorschläge abzugeben. Unterzeichnet ist die Vollmacht vom Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland Bernhard R u h n t und dem Chef der Hochseestreitkräfte v. S i p p e r. S i p p e r nimmt nur als sachmännlicher Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der Arbeiter- und Soldatenrat ist.

Das Rufe Rheinufer.

Paris, 12. November. (Telegraphenkompagnie.) Dem „New York Herald“ wird aus New-York telegraphiert: Staatssekretär Lansing äußerte sich im Senatsausschuß über die Waffenstillstandsbedingungen folgendermaßen: Die Befreiung des linken Rheinuferes ist nur eine vorübergehende Maßnahme; je schneller der Friede zustande kommt und je rascher Deutschland den Anschluss an die große Demokratie findet, desto rascher wird auch das linke Rheinufer wieder geräumt werden.

Amerikaner in Köln.

Berlin, 13. November. (Telegraphenkompagnie.) Von zuverlässiger Seite wird aus K ö l n gemeldet, daß dort im Laufe des heutigen Nachmittags mehrere amerikanische L i e g e r gelandet sind.

Soldatenrat in Lüttich.

Lüttich, 13. November. Hier hat sich ein Soldatenrat gebildet, der die Sicherung der Stadt sowie die Verproviantierung und Rückführung der Fronten übernommen hat. Nachts sind Unruhen der Belgier und vereinzelt Schießereien vorgekommen. Die Ruhe wurde wieder hergestellt. Die belgischen Sozialisten ermahnen ihrerseits zur Ruhe. Der Soldatenrat ist Herr der Lage, die zuverlässlich beurteilt wird.

Ein Appell an die Frauen.

Berlin, 13. November. Der Bund deutscher Frauenvereine hat durch Frau W o o d r o w B i s s o n, die Gattin des amerikanischen Präsidenten, sowie durch die nationalen Vereinigungen der französischen, englischen und amerikanischen Frauen, mit denen er vor dem Kriege in gemeinsamer Arbeit verbunden gewesen war, auf telegraphischem dringlichem Wege die dringende Bitte an die Frauen dieser Länder ge-

richtig, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Waffenstillstandsbedingungen gemildert würden, da sonst der Hungertod von Millionen in Deutschland unvermeidlich würde. Gezeichnet sind die Telegramme von Dr. Gertrud Bäumer und Dr. Alice Salomon.

Brantings Intervention.

Stockholm, 12. November. Infolge telegraphischer Bitte der deutschen Sozialistenführer hat Branting bereits heute telegraphisch Schritte in Paris, Havre und London wegen Milderung der Waffenstillstandsbedingungen unternommen. Branting glaubt, daß die Abfassung der harten Bedingungen aus der Zeit vor der Abdankung Kaiser Wilhelms herflammt. Er faßt die Lage optimistisch auf und hält einen Erfolg des deutschen Appells für möglich.

Die bayerischen Truppen.

München, 13. November. Amtlich wird bekanntgegeben: Die bayerischen Truppen, die sich in Tirol befanden, ziehen sich gegenwärtig über die bayerische Grenze zurück. Der Rückzug ist durch einen Befehl veranlaßt, der in der Nacht vom 8. zum 9. d. von der Regierung des Volksstaates Bayern ergangen ist.

Beratung über die Friedensbedingungen.

London, 12. November. Das Reutersche Büro erfährt, daß das Reichskriegskabinett demnächst seine Sitzungen wieder aufnehmen wird, um über die Friedensbedingungen zu beschließen. Außerdem werden in London wichtige Beratungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und Staatsmännern aus den britischen Dominions stattfinden.

Deutschland und die deutschösterreichische Republik.

Unterstaatssekretär Dr. Bauer hat an den Volksbevollmächtigten für Neuchâtel Gasse in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

Indem ich Sie zur Übernahme Ihres neuen Amtes in so geschäftlicher Stunde herzlich beglückwünsche, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs einstimmig beschlossen hat, Deutschösterreich für eine demokratische Republik zu erklären, die ein Bestandteil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Vertretung hat Deutschösterreich seinen Willen kundgetan, sich mit den anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 52 Jahren gewaltsam getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutschösterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches einzutreten.

Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensverhandlungen ins Einzelne zu sehen und diese Verhandlungen in engster Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich auch, unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich die neuen slavischen Nationalstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperrten, leiden wir bittere Not an Nahrung und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in dieser Stunde der Not beistehen wird. Was wir brauchen, ist den zuständigen Stellen bekannt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dahin einzusetzen, daß wir die unentbehrliche Hilfe an Nahrung und Lebensmitteln voll und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alten freundschaftlichen und parteigegenständlichen Beziehungen, die uns verbinden, es uns erleichtern werden, die engste und dauernde Verbindung zwischen Deutschland und Deutschösterreich herzustellen.

Mit herzlichsten Grüßen: Otto Bauer.

Tirol.

Der Abtransport.

Innsbruck, 13. November. Die „Innsbrucker Nachrichten“ erfahren von maßgebender Seite, daß sich die Abfertigung der rückkehrenden Truppen, wenn auch nicht klaglos, so doch im Rahmen alles dessen vollzieht, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen geleistet werden kann. Bis zum 12. d. wurden mittels Eisenbahn aus Tirol rund 385.000 Mann transportiert.

In Deutschsüdtirol.

Innsbruck, 13. November. Heute sind zum erstenmal aus Deutschsüdtirol wieder Zeitungen nach Innsbruck gelangt. Ihnen ist zu entnehmen, daß sich in Trient und Bozen provisorische Nationalräte gebildet haben. In Bozen ist der Nationalrat im Einverständnis mit dem Tiroler Nationalrat gewählt worden und besteht aus Bürgermeister Dr. Perathoner, vier Stellvertretern und fünfzehn Mitgliedern. Der Bozener Magistrat hat sich durch Vertreter der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Alldeutschen verstärkt. Die Beamtenangehörigen für den Nationalrat in Bozen wurde am 8. d., also zwei Tage nach Eintreffen der italienischen Besatzung, vorgenommen. Der Magistrat von Bozen kündigt die Ausgabe eines Stadtbüchlers an, dessen Laufzeit bis 31. Jänner 1919 beschränkt ist.

Die Blätter berichten auch über den Rückzug der österreichischen Truppen, und am 6. heißt es, daß ungarische Soldaten den Bozener Bahnhof vollständig geplündert und angezündet haben. Die Bahnhofrestauration wurde ebenfalls geplündert und die Einrichtung vollständig in Trümmer geschlagen. In der Nacht vom 4. zum 5. wurden mehrere Personen räuberisch überfallen sowie das Post- und Strohmagazin der Stadt Bozen in Brand gesteckt. Angesichts dieser Zustände gab die Bozener Bevölkerung den Wunsch ausgedrückt, daß die italienischen Truppen möglichst bald einziehen mögen, um in Bozen Ordnung zu schaffen. Der Einzug der Italiener erfolgte tatsächlich am 6. d. abends. Sie bezogen Wachtposten, besetzten den Bahnhof und sicherten den Abtransport der Truppen. Beim Einmarsch der Italiener enthielt sich das Publikum jedweder Befinnungsäußerung. Es erfolgte später die Aussprache zwischen dem Kommandanten der Italiener und dem Bürgermeister von Bozen, über die schon gestern berichtet wurde.

Pinz, 13. November. Außer im hiesigen Bahnhof und bei der Schloßkaserne, wo es immer noch zu vereinzelten Ausschreitungen kommt, ist weder in der Stadt noch im Lande Oberösterreich die Ruhe und Ordnung gestört worden.

Kampf mit Tschechen im Grazer Bahnhof.

Graz, 13. November. Gestern abend traf im hiesigen Hauptbahnhof ein Militärtransport mit 1500 auf der Heimreise befindlichen tschechischen Offizieren und Soldaten ein. Die Anwesenheit des Zuges weigerten sich beharrlich, die vorgeschriebene Durchsuchung der Waggons nach Waffen und anderem militärischen Gut vornehmen zu lassen. Um 1/2 12 Uhr machte, als die Bahnhofswache einen neuerlichen Versuch machte, in die Waggons einzudringen, fielen aus dem Zuge mehrere Schüsse. Die Bahnhofswache sah sich genötigt, die Bahnhofspolizei zu rufen, um den Zug, der sich in Bewegung setzte und ohne Durchsuchung die Station verlassen wollte, unter Maschinengewehrfire zu nehmen. Es entstand auf kurze Zeit ein heftiges gegenseitiges Feuer, wobei von den Insassen des Zuges acht getötet, zwölf schwer und elf leicht verletzt wurden. Von der Bahnhofswache wurde ein Mann verwundet. Acht tschechische Offiziere wurden verhaftet und der Hauptwache überstellt. Der Zug wurde bis heute mittag in der Station zurückgehalten und die Durchsuchung der Waggons vorgenommen, wobei viele Waffen, darunter Maschinengewehre, und anderes militärisches Gut abgenommen wurden.

Der Krieg in Galizien.

Krafsau, 13. November. Infolge Ausschreitungen im Bezirk Przestwo in Westgalizien hat der Liquidierungsausschuß das Landrecht dort proklamiert.

Krafsau, 13. November. Bericht des polnischen Oberkommandos in Lemberg am 10. d.: Ein Teil des Hauptpolenbundes, das durch die Ukrainer befehligt worden war, wurde von ihnen angezündet. Das brennende Gebäude wurde von uns genommen. Die ukrainische Artillerie belegte die Stadt mit Granaten. Starke ukrainische Patrouillen wurden von unseren Posten vertreiben. Eine Abteilung ukrainischer Schützen unter der Führung des Abgeordneten Witny hat das Dorf Skrilow besetzt und zum Kampfe gezwungen, während sein Bruder rufenische Bauern in zwei anderen Bezirken aufwiegelte. Nach dem Kampfe, in dem beide Brüder Wirtz gefallen sind, hat das Dorf Skrilow freiwillig die Waffen (112 Gewehre) geteilt und die Munition ausgeliefert.

Bericht vom 11. November. Angriffe des Gegners in der Mielowegasse und gegen die Eisenbahnstation wurden abgewiesen, wobei der Feind bedeutende Verluste erlitt. Unsere Patrouillen haben die Entwaffnung fortgesetzt. Die rufenische Gendarmerie treibt mit Gewalt die gesamte Bevölkerung zum Dienst in den ukrainischen Verbänden. In manchen Dörfern haben sie bewaffneten Widerstand angetroffen. Das polnische Dorf Selnitz wurde von den ukrainischen Banden überfallen und gänzlich verbrannt.

Die Polen bitten um Ententeuppen.

Krafsau, 13. November. Das polnische Oberkommando in Lemberg hat durch Vermittlung der Krafsauer Funktionäre an das Hauptquartier der Entente und an das polnische Comité in Paris ein Radiogramm gerichtet, worin die Lage in Ostgalizien geschildert und die sofortige Entsendung von bevollmächtigten Vertretern der Entente nach Lemberg zur Einweisung, inwiefern eine militärische Besetzung Ostgaliziens nötig ist, erbeten wird.

In Przemyśl.

Krafsau, 13. November. Nach Meldungen aus Przemyśl herrscht dort Ruhe. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, alle Waffen binnen vierundzwanzig Stunden auszuliefern.

Krafsau, 13. November. Die polnischen Truppen haben in Przemyśl mehr als fünfhundert Ukrainer gefangen genommen und große Vorräte an Munition und Waffen erbeutet. Eine Lokomotive, die gegen einen polnischen Militärtransport abgestellt worden war, wurde rechtzeitig aufgehoben.

Ungarns Gorgen.

Ungarn vor der Erklärung der Republik.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Seit Tagen pflegen „kompromittierte Faktoren“ Beratungen darüber, welche Haltung gegenüber den großen Reformen, die mit der Neugestaltung des Landes verknüpft sind, von dem bisherigen Träger der Krone zu bekunden wäre. Im Laufe der Beratungen, an welchen sich Bannerherren, geistliche und weltliche Würdenträger Ungarns beteiligten, wurde fast einmütig festgestellt, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung Ungarns die republikanische Staatsform wünscht. Das Bestreben der dem Hofe nächststehenden geistlichen und weltlichen Würdenträger geht bloß dahin, daß diese revolutionäre Umgestaltung für den bisherigen Träger der Krone und seine Familie mit so wenig Erschütterungen als möglich verbunden sei. Zu diesem Behuf haben sich im Laufe des heutigen Tages Fürstprimas Csernoch, Präsident des Magnatenhauses Wlassics und die Bannerherren Fürst Nikolaus Esterhazy und Graf Aurel Dessenoffy nach Eger abzugeben, um den Hof über das zu erwartende Ereignis zu orientieren und zu einem entsprechenden Vorgehen zu bewegen. In zuständigen Kreisen wird als sicher angenommen, daß sich die Abordnung ihrer Aufgabe mit Erfolg entledigen werde, und daß noch vor Ausbruch der Republik durch das zuständige Forum Ungarns alle großjährigen Mitglieder des Hauses Habsburg in eigenen sowie im Namen ihrer Nachkommen sämtlichen Ansprüchen auf die Stephanskrone entsagen und dies in einer Proklamation an die Nation kundgeben werden.

Die Verhandlungen mit den Rumänen.

Arad, 13. November. (U. L. A. B.) Heute mittag haben hier die Verhandlungen des Ministers Oskar Jaszy und der delegierten Mitglieder des ungarischen Nationalrates mit dem rumänischen Nationalcomité begonnen.

Das Mitglied des rumänischen Nationalcomités Stephan Cstieje-Pop verlas ein Memorandum. Es fordert das rumänische Imperium über Siebenbürgen und sämtliche von Rumänen bewohnten Gebiete Ungarns. Außer Siebenbürgen würden also seinem Wunsche gemäß unter das rumänische Imperium gehören: die Komitate Arad, Mararos, Ugoesa, Szatmar und zum Teil auch Betses und Tjanab. Und zwar soll sich das rumänische Imperium nicht auf die Verwaltung allein beschränken, sondern es soll auch ein militärisches Imperium sein. Der rumänische Nationalrat würde in Nagyszeben ein mit der Zentralgewalt ausgestattetes Comité einlegen.

Minister Jaszy betonte in seiner Erwiderung, daß die ungarische Regierung nur die Errichtung einer provisorischen Ordnung bezwecke. Aber ein Teil der Rumänen denke an Staatenbildung und Grenz-

berichtigung. Dinge, die der Beurteilung der allgemeinen Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen. Unser konkreter Antrag, führte der Minister aus, greift der Zukunft in keiner Weise vor. Er will nur einen Übergangszustand schaffen, in dem die öffentliche Ruhe und Ordnung gewährleistet ist. Wie stehen ohne jeden Vorbehalt auf der Grundlage des rumänischen Selbstbestimmungsrechtes und wir bieten dieses Recht den Rumänen in Ungarn hinsichtlich aller derjenigen Gebiete an, wo die Rumänen in kompakten Massen zusammenwohnen oder wenigstens die Mehrheit haben. Gleichzeitig aber nimmt die Regierung gegenüber den anderen Völkern dieses Landes dieses Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch. Sie will nichts hören von einer Ordnung der Dinge, in der die bisherige Unterdrückung nur durch eine neue, andere abgelöst würde. Die territorialen Forderungen, die die Rumänen vorgebracht haben, beziehen sich auf ein Gebiet, in dem neben 900.000 Rumänen 3.900.000 Nichtrumänen wohnen. Gerade auf Grund der rumänischen Grundfrage ist es ein Ding der Unmöglichkeit, diese Gebiete dem Imperium der rumänischen Nation ohne weiteres auszuliefern. Der Minister schloß: Er sehe sich Ueberforderungen nationalitätlich-imperialistischer Natur gegenüber. Angesichts dieser Lage bitte er zu bedenken, daß für den künftigen Friedensschluß die Kriegslage nicht ganz und gar ausschlaggebend sein wird, daß vielmehr dieser Friede weder durch den General Foch noch durch andere selbstherrliche Militärs, sondern in ganz Europa durch Arbeiter- und Soldatenräte geschlossen werden wird.

Der Delegierte des Nationalrates Desider Bolanyi schloß sich als Sozialdemokrat vollinhaltlich den Ausführungen des Ministers Jaszy an.

Die Beratungen wurden sodann unterbrochen.

Rumänen, Tschechen und Serben eingedrungen.

Budapest, 13. November. Reguläre Truppen des Königreiches Rumänien haben, durch die Pässe von Betses, Jitoz, Tolagos und Gimes vorrückend, ungarisches Gebiet betreten. Im Wesen handelt es sich dabei um Vorhuten, während das Gros der Truppen noch nicht auf ungarischem Gebiet steht. Im ganzen dürfte das vorrückende rumänische Kontingent etwa acht Divisionen umfassen. Die rumänischen Truppen haben auf ihrem Vormarsch halt gemacht, eine Entschloßung, die mit den Verhandlungen in Arad in Verbindung zu stehen scheint. Die Nachrichten, daß die serbischen Truppen das ungarische Gebiet geräumt hätten, entsprechen nicht den Tatsachen. Wohl haben die serbischen Truppen Neufaz geräumt, dann aber den Rückzug nicht mehr fortgesetzt und auf dem besetzten Gebiet halt gemacht. So sind auch in Werich noch serbische Truppen. Die Meldungen, wonach die tschechischen Eindringlinge das ungarische Gebiet räumen und Nagyszeben sowie andere Städte im Westen bereits verlassen haben sollen, sind nicht richtig. Die tschechoslowakischen Truppen halten die ungarischen Gebiete, in denen sie vorgedrungen sind, weiter besetzt.

Der Waffenstillstand.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Vom Minister Bela Bin der ist heute mittag ein Telegramm aus Belgrad eingetroffen, daß er den General Franchet d'Esperey in Belgrad nicht angetroffen habe. Der General sei nach Saloniki geehrt. Bisher ließ ihm telegraphisch mitteilen, daß eine ungarische Abordnung in Belgrad ist zur endgültigen Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages. Auf dieses Telegramm ist bisher keine Antwort eingetroffen und so konnten die unterzeichneten Exemplare des Waffenstillstandsvertrages bis heute mittag noch nicht ausgetauscht werden.

Mackensens Armee.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Der Nationalrat erhielt heute früh folgenden Telegramm: Hermannstadt, 12. November. Mit wärmster Hochachtung teile ich dem Nationalrat mit, daß ich mein Hauptquartier nach Hermannstadt verlegt habe. Ich bitte um Zustimmung und Unterstützung des Nationalrates, damit ich die mir unterstellten Truppen auf möglichst schnelle und auf eine Weise, welche mit der militärischen Ehre der deutschen Armee vereinbar ist, nach Deutschland zurückführen kann. Ich entsende den Oberst Massen mit zwei Offizieren an den Nationalrat nach Budapest. Ich habe den Offizieren in der erwähnten Frage vollständige Vollmacht erteilt. Mackensen, Generalfeldmarschall.

Die Mission Verchtolds.

Budapest, 12. November. (Telegraphenkompanie.) Der ungarischen Regierung ist zur Kenntnis gekommen, daß einige österreichisch-ungarische Staatsangehörige, an deren Spitze der ehemalige Minister des Reichs Graf Verchtold steht, gegenwärtig in der Schweiz eine dynastische Propaganda betreiben, mit dem Zwecke, in Ungarn eine dynastische Gegenrevolution herbeizuführen. Die ungarische Regierung antwortete auf diese Treibereien mit der sofortigen Beschlagnahme der in Ungarn befindlichen Güter des Grafen Verchtold und seiner Genossen.

Einberufungen.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Kriegsminister Bartha hat zur Sicherung der gesetzlichen Ordnung einen Einberufungsbefehl erlassen, wonach die Jahrgänge 1893 bis 1900 sofort einzurücken haben.

Sitzung des Reichstages.

Budapest, 13. November. Das Präsidialbüro des Abgeordnetenhauses und dasjenige des Magnatenhauses gibt bekannt, daß beide Häuser des Reichstages für den 16. d. zu einer Sitzung einberufen sind.

Sozialdemokratische Obergespänne.

Budapest, 13. November. Der Ministerrat hat zwei sozialdemokratische Obergespänne ernannt: Alexander Cizmadia und Peter Agoston.

Die Vertretung in Wien.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Josef Diner-Denes ist heute mit dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Dr. Franz Garcer, nach Wien abgereist. Der Staatssekretär wird in Wien im Auftrag der ungarischen Regierung politische Verhandlungen führen und sowohl im Namen des ungarischen Nationalrates als auch in Vertretung der ungarischen Regierung bei der Besetzung des deutschösterreichischen Staatsrates Dr. Viktor Adler anwesend sein. Der Gesandte Dr. Garcer wird als akkreditierter Vertreter Ungarns mit der Leitung der deutschösterreichischen Republik in Verbindung treten und Maßnahmen sowohl bezüglich Liquidierung des gemeinsamen Ministeriums des Neuchâtel als auch des ungarischen Ministeriums am allerhöchsten Postlager treffen.

Neue Staatssekretäre.

Budapest, 13. November. (U. L. A. B.) Der Ministerrat ernannte den Abgeordneten Johann Wais zum Staatssekretär des Ernährungsministeriums, den Abgeordneten Dr. Desider Abraham zum Staatssekretär des Justizministeriums und den ehemaligen Abgeordneten Cornol Sobek zum Staatssekretär des Kriegsministeriums.

Marmorplatten der Tische und schwebende Gläser...

Eine falsche Kommission. Ein Mann in Dienstmannsuniform...

Einzelne Schießereien. Dienstag wurde in der Danienstraße ein Soldat verhaftet...

Ein Todesopfer des Aufführungs. Gestern ist auf dem Gedenkmarsch der 70-jährige Hofrat Ferdinand Ritter...



Viktor Adler.

Das Begräbnis.

Heute Donnerstag erfolgt die Aufbahrung Viktor Adlers im Saale des Arbeiterheims...

Das Begräbnis findet morgen Freitag nachmittags statt.

Um einen geordneten Aufmarsch der Arbeiterschaft zu ermöglichen...

- 1. und 2. Bezirk: Kegelplatz; 3. und 4. Bezirk: Kolombusgasse...

Die Genossen des 11. Bezirkes erhalten eine besondere Weisung.

Jeder Bezirk möge eine kleine Tafel mitnehmen, um seinen Standort zu kennzeichnen...

Arbeiterrat von Favoriten!

Heute um 1/8 Uhr abends im Arbeiterheim wichtige Konferenz der Arbeiterräte...

Sänger!

Die Sänger der Gruppe Schoof werden dringendst ersucht...

Kranzablösungen.

Dem Schuhmeister-Fonds wurden zugewiesen. Statt eines Kranzes für Genossen Dr. Viktor Adler...

Beileidskundgebungen.

Auch heute sind eine große Zahl von Kundgebungen des Beileids zum Tode Viktor Adlers eingelaufen...

Mara Zetkin telegraphiert aus Stuttgart:

Viktor Adler, dem selbstverleugnenden Führer der österreichischen Sozialdemokratie...

Aus Karlsruhe ist folgendes Telegramm eingelangt: Der Tod des angesehensten Vertrauensmannes der Internationalen...

Rundfunk haben auch sämtliche Abgeordnetenklubs und politische Abgeordnete aller Parteien...

Protestant für Aufhebes persönlich einen Besuchsbesuch abgestattet.

Von den Unabhängigen Sozialdemokraten ist folgendes Telegramm aus Berlin eingelangt:

Der Tod Viktor Adlers bewegt uns auf das Schmerzlichste. Der große Verkörper des Sozialismus...

Nachrufe in Schweden.

Stockholm, 13. November. Die Mütter aller Parteilichungen widmen Dr. Viktor Adler überaus sympathische ehrenvolle Nachrufe...

Nach der Demonstration.

Die Schießerei.

Im Parlament waren gestern die Szenen der Schießerei noch deutlich zu sehen. Die zerstückelten Fensterheben lagen in kleinen Scherben...

Zwei Todesopfer der Panik.

Die wilde Panik nach der Schießerei hat leider zwei Todesopfer erfordert. Mit einem Militärautomobil wurden ebenfalls in das Rudolfs-Hospital...

Die Verletzten.

Dienstag nacht haben sich noch in verschiedenen Spitälern mehrere Verletzte gemeldet, so daß die Gesamtzahl der Opfer der Panik...

Zur Psychologie der Schießerei.

Ein aus Rußland heimgekehrter Deutschnestler, der dort die Kämpfe der Regierung Benin-Trotsky...

Werte Schriftleitung!

Gestatten Sie mir, daß ich als teilnehmender Soldat von der Deutschnestlerkompanie bei der gestrigen Kundgebung vor dem Parlament...

von Seite der reaktionären Elemente des östlichen mitgemacht hatten und an der Seite der russischen Regierung selbst gegen diese mit Waffengewalt vorgegangen sind...

Die Akteure.

Bei der „Besetzung“ des Gebäudes der „N. Fr. Pr.“ ist eigentlich nichts so erstaunlich als die Behandlung, die die Eingebungen den Arbeitern des Betriebes angedeihen ließen...

Auf dem „Flugblatt“, das wir gestern erwähnt haben, sind auch zwei Herren (Hoffmann, Luz) vom Infanterieregiment Nr. 4 unterschrieben...

Protest der österreichischen Tageszeitungen.

Die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen hat heute einstimmig beschlossen, gegen die mit Waffengewalt erfolgte Besetzung einzelner Wiener Redaktionen...

fordert den Staatsrat und die verantwortlichen Staatsämter auf, Vorkehrungen zu treffen, daß solche tief bedauerliche Vorfälle im Interesse der unbedingt notwendigen Entwicklung des neuen Staatswesens fernerhin verhindert werden.

Die Feier der Republik in der Provinz.

In der Provinz haben Dienstag außer den bereits gemeldeten noch andere große Kundgebungen stattgefunden, in denen die Proklamierung der Republik gefeiert wurde.

In St. Pölten nahmen an der Kundgebung mindestens 15.000 Menschen teil. Die Arbeiterkchaft der Stadt und der Umgebung und bis aus dem Odlens- und Traisental kam in geschlossenen Zügen mit Fahnen und Standarten. Abordnungen kamen aus allen Orten des Viertels ob dem Wienerwald. Der Aufmarsch der Massen auf dem Rathausplatz begann um 2 Uhr; um 3/4 Uhr rückten die Volkswehr und die Eisenbahnertruppe an. Während die Sänger die Marschlieder und die "rote Fahne" vortrugen, wurde auf der Kavalleriekaserne die rote Fahne gehißt. In der Versammlung sprachen Genosse Schindlmair, Oberleutnant Springer, Bürgermeister Dr. Heigler, Abgeordneter Wohlmeyer, Direktor Vogel und Genosse Schnögl. Die Versammelten versicherten in einem gewaltigen Aufzug den Rathausplatz; auf dem Domplatz löste sich der Zug auf.

In Mödling hielten die Eisenbahner im Stationsgebäude eine Versammlung ab, in der Genosse Gies referierte. An die Versammlung schloß sich ein Umzug durch die Stadt.

In Guntramsdorf wurde die Proklamierung der Republik durch Arbeiterkaffe gefeiert. In einer Versammlung referierten Genosse Weiss und Genossin Paces.

Vom Tage.

Soldatenrat. Heute Donnerstag findet im Sitzungssaal der Allgemeinen Arbeiterkassenkassa, Magdalenastraße Nr. 33, um 3 Uhr nachmittags die Sitzung des Soldatenratsauschusses statt. Die Einladungen sind bereits erfolgt; sollte eines der Ausschussmitglieder die Einladung nicht erhalten haben, wird es auf diesem Wege aufgefunden, zur Sitzung zu erscheinen. Eine große Anzahl der Mitglieder des Soldatenrates unter Führung des Korporals Argmann haben bei der gestern vor dem Parlament stattgefundenen Schikerei durch tätiges Eingreifen dahin gewirkt, daß eine Ausbreitung dieses Verfalls verhindert wurde. Es wird nun daran gegangen, die Einrichtung der Soldatenräte in der Republik Deutschösterreich so rasch als möglich für alle Orte zu organisieren. Weitere Weisungen erfolgen in kürzester Zeit durch die Presse. Sämtliche Zuschriften sind vorläufig an den Nationalrat Smitka, Wien, Parlament, zu richten.

"Der freie Soldat". Sozialdemokratische Soldatenzeitung, gelangt heute Donnerstag zur Ausgabe. Einzelne Nummern gehen Heller. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Brand, Gumpendorferstraße Nr. 13. Das Monatsabonnement samt Zustellung kostet eine Krone und ist mittelst Postanweisung an die Verwaltung des Blattes, Rechte Wienzeile Nr. 97, zu senden. Die Soldatenräte werden ersucht, für die weiteste Verbreitung zu sorgen und die für ihre Abteilung zu beziehenden Exemplare zwischen 4 und 8 Uhr abends gegen Vorauszahlung von der Verwaltung abholen zu lassen.

Gesundheitliche Maßnahmen für heimkehrende Soldaten. Die Demobilisierung der Armee und die Rückkehr der Soldaten wird in wenigen Tagen vollendet sein. Bei der Schnelligkeit, mit der sich alles vollzieht, ist es ausgeschlossen, daß alle Truppen einer ärztlichen Beobachtung oder gründlichen Körperlichen Reinigung unterzogen werden können, denn fast alle Soldaten begeben sich direkt von den Bahnhöfen in ihre Behausungen. Darin liegt nun eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Heimkehrenden und ihrer Angehörigen, da sehr viele Soldaten in ihren Uniformen und in ihrer Wäsche Ungeheures (Kleiderläuse) mitbringen. Durch diese Kleiderläuse kann aber Typhus und Malariafieber übertragen werden. Diese Möglichkeit besteht namentlich bei Soldaten, die aus Polen, Galizien, der Bukowina und Ukraine, aus Albanien, Bosnien, der Herzegowina, aus Serbien und Rumänien einreisen. Es liegt daher im Interesse der Zurückkehrenden und ihrer Familien, daß sich die Heimkehrer, bevor sie die Wohnung betreten oder gar in ihr schlafen, von ihren Läufern befreien lassen. Dies kann am besten in den Reinigungs- oder Entlausungskästen geschehen, die in allen Orten eingerichtet sind, in denen früher Garnisonen bestanden haben. Die Benutzung dieser Anlagen ist überall in ganz Deutschösterreich unentgeltlich, ihre Standorte (Adressen) werden dem Publikum durch die Zeitungen bekanntgegeben. In Wien sind drei solche Anlagen: Empertstraße Nr. 150, Gubrusstraße Nr. 87 und Steinböckgasse. In Orten, wo keine solchen bestehen, sollen durch die Lokalbehörden (Gemeinden) bestimmte öffentliche Bäder oder Spitäler für diesen Zweck reserviert und unter ärztliche Kontrolle gestellt werden. Es wird sich in diesen Fällen empfehlen, daß die Soldaten, die sich dieser Reinigung unterziehen, wenn möglich reine Wäsche in guter Verpackung zum Ansetzen nach dem Bade mitnehmen. Gibt es in einem Orte weder eine Entlausungskastelle noch entsprechende Bademöglichkeiten, so können in äußerster Notfälle Entlausungen auch zu Hause vorgenommen werden. Am sichersten gelingt es, Kleiderläuse durch Hitze abzutöten, zum Beispiel in einem Dadofen, der dann aber nur soweit angeheizt werden darf, daß die Kleider nicht angeknist werden. Empfehlenswert ist auch mögliche Hitze, wie der holländische Vögel in der Kleiderung sticht, besonders der Rätze und des Kocktragens. Wäsche und waschbare Kleidungsstücke kann man durch Auskochen in Wasser sicher entlausen. Wo alles fehlt, kann man sich schließlich helfen, daß man die verlauserten Kleidungsstücke in einem Vorraum der Wohnung ablegen läßt und sie in einer gutschließenden Kiste stehen läßt. Körbe sind hierzu jedoch ungeeignet! Zweckmäßig ist es, die Kleider vor dem Schließen der Kiste ausgiebig mit Naphthalin zu bestreuen. Die Kisten dürfen keinesfalls vor vier Wochen wieder geöffnet werden und sind womöglich in einem wärmeren (geheizten) Räume zu verwahren, weil die Läuse in der Wärme leichter absterben. Ferner muß zu jedem heimgekehrten Soldaten, sobald er etwa zu febern anfängt, ein Arzt geholt werden, damit sofort festgestellt werden kann, ob es sich um eine ansteckende Krankheit handelt oder nicht. Werden diese Ratssätze befolgt, so wird die Demobilisierung ohne Entsehung von Seuchen ablaufen können. Der Gesundheitszustand bei der Armee war bis in die letzte Zeit ohnehin gut; es handelt sich hauptsächlich darum, daß sich nicht etwa aus einzelnen nicht beachteten Fällen eine Epidemie entwickelt.

Die tuberkulösen Soldaten. Das Zentralcomité zur Bekämpfung der Tuberkulose (Wien, Wallfischgasse Nr. 8) veröffentlicht folgende Mahnung: Bei der allgemeinen Rückkehr aus dem Militärverhältnis verassen auch viele Tuberkulose die Militärspitäler. Sie gefährden damit sich selbst und die Familie, insbesondere die Kinder.

und das umso mehr, als jetzt wohl meist die den Militärspitätern vorgeschriebene Meldung über den Abgang Tuberkulöser an die Zivilbehörden unterbleibt. Zur möglichen Vermeidung dieser Gefährdung wird den Tuberkulösen sowohl als auch den sie Beherrschenden dringend empfohlen, sich an die bestehenden Tuberkulosefürsorgeanstalten und, wo solche fehlen, an die Bezirksärzte um Rat und Unterstützung zu wenden.

Die Abrüstung der deutschösterreichischen Soldaten. Die Wirtschaftsorganisation nichtaktiver Soldaten teilt mit: Das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen erklärt, daß alle nichtaktiven Soldaten und Mannschaftenspersonen aus Deutschösterreich, die Samstag früh über Passau in die Heimat fahren wollen, zu entlassen seien und sofort die Abfertigungsdokumente von ihrem Kommando zu erhalten haben. Für heimkehrende nichtaktive Soldaten gibt die Wirtschaftsorganisation Anweisungen für Quartier und Mittagessen im Hotel National aus.

Heimkehr der Italiener aus deutschösterreichischen Gebieten. Abgeordneter Piltoni teilt uns mit, er sei bemüht, die zahlreichen noch in Deutschösterreich sich befindenden Italiener (Soldaten, Kriegsdienstleister, Flüchtlinge, Private und Angestellte) so schnell als möglich in ihre Heimat zu befördern. Derzeit sind Transporte noch unmöglich, weil die Rüge der Südbahn nur zwischen Wien und Laibach und auf südlavischem Gebiet nur zwischen Laibach und Triest verkehren und in dem besetzten Gebiet nur eine Verbindung zwischen Triest-St. Peter-Wallungie besteht, so daß zwischen St. Peter und Triest überhaupt keine Rüge verkehren. Unter solchen Umständen sind Transporte vorläufig unmöglich.

Verkauf von Militärhunden. Die beim Zughundebader, kleine Kavalleriekaserne, verpflegten Zughunde werden täglich zwischen 9 und 11 Uhr vormittags um den feinerzeit von der Verresverwaltung bezahlten Preis verkauft. Die Hunde sind im Ziegen gut ausgebildet, können aber auch für Wachzwecke verwendet werden.

Deutschösterreichisches Staatsamt für Heerwesen. Sprechstunden beim Befehlshaber der deutschösterreichischen Volkswehr Wien: Generalmajor Werz und Gehilfe Major Derrig ab 15. d. täglich zwischen 11 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags im Militärkommandogebäude Universitätsstraße Nr. 7, erster Stof.

Schädliche Anforderung von Wohnungen.

Amlich wird gemeldet: Während des Krieges hat ein starkes Zustromen der Bevölkerung zu gewissen Wohn- und Industriezentren stattgefunden, was zu einer empfindlichen lokalen Wohnungsnot geführt hat. Die Ereignisse der letzten Zeit haben neuerdings große Menschenmassen in Bewegung gesetzt. Die Zahl der Wohnungsuchenden dürfte daher in manchen Orten derart anwachsen, daß für deren Unterbringung außerordentliche Vorkehrungen getroffen werden müssen. Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat nunmehr eine Vollzugsanweisung erlassen, die es ermöglichen soll, die bestehenden Wohngelegenheiten tunlichst auszunutzen. Zunächst wird denjenigen, die in einer Gemeinde oder einem Wohngebiet mehr als eine Wohnung haben (Doppelwohnungen), zur Pflicht gemacht, ihre Wohnungen bei der Gemeinde anzugeben und hierbei die Wohnungen zu bezeichnen, die sie für eigene Wohnzwecke benötigen. Wird mehr als eine Wohnung beantragt, so hat die Behörde zu entscheiden, ob die Partei tatsächlich mehr als eine Wohnung benötigt. Ferner haben Inhaber von Wohnungen, die wenigstens sechs Wohnräume enthalten, dann ihre Wohnungen der Gemeinde anzugeben, wenn die Zahl der Wohnräume um mindestens zwei größer ist als die Zahl der Bewohner (ausschließlich des Hauspersonals). Den Hauseigentümern wird die Pflicht auferlegt, die Wohnungen anzumelden, die seit mindestens vier Wochen lediglich zur Aufbewahrung von Sachen dienen oder zwar zum Wohnen eingerichtet sind, jedoch nicht bewohnt oder nur unzulänglich bewohnt sind.

Die nicht benötigten Doppelwohnungen, die unbenutzten Wohnungen sowie selbständig benutzbare Wohnungssteile der großen Wohnungen können von der Gemeinde für Wohnzwecke von Personen, die in der Gemeinde heimatberechtigt oder durch zwingende Gründe dort zu wohnen genötigt sind, angefordert werden. Außerdem kann die Gemeinde auch unvermietete leerstehende Wohnungen, weiter derartige Räume, die seit 1. August 1914 dem Wohnzweck entzogen wurden, sowie Wohnungen in nahezu fertigen Häusern, sofern die Gemeinde auf ihre Kosten die Bauten bewohnbar macht, anfordern. Durch die Anforderung werden etwa bestehende Mietverträge aufgelöst und die angeforderten Räume müssen innerhalb einer Frist von vier Wochen geräumt werden. Dem Hauseigentümer oder Untervermieter gebührt eine angemessene Vergütung. Wohnungen in Untermiete (Wiermiete) können samt den Einrichtungengegenständen angefordert werden. Die in den angeforderten Räumen befindlichen nicht angeforderten Einrichtungengegenstände werden von der Gemeinde in Verwahrung genommen. Bei den Anforderungen ist auf die beruflichen und Familienverhältnisse der Wohnungsinhaber Rücksicht zu nehmen. Gegen Entscheidungen der Gemeinde ist ein Einspruch an das Mietamt oder, wo ein solches nicht besteht, an die politische Bezirksbehörde zulässig. Uebertragungen dieser Vorschriften unterliegen Geld- und Arreststrafen. Die Vorschriften dieser Vollzugsanweisung, die am 18. d. in Kraft tritt, gelten nur für Orte, für die sie durch die Landesbehörde kundgemacht sind.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 13. November.

Die gestrige Sitzung des Gemeinderates wurde vom Bürgermeister mit einer Ansprache eröffnet, die von den Versammelten stehend angehört wurde. Er sagte:

Die Nationalversammlung hat am gestrigen Tage den neuen Staat Deutschösterreich als demokratische Republik und als einen Bestandteil der deutschen Republik erklärt. Ein Traum von Jahrhunderten geht mit der Einigung aller Deutschen in Erfüllung und der nun zur Durchführung kommende Wille der Völker, alle Gewalten selbst einzusetzen und alle deutschen Männer und Frauen ohne Unterschied zur Mitwirkung für das Gemein-

wohl anzubieten, bietet uns die Gewähr, daß alles darauf angelegt werden wird, die schweren Wunden zu heilen, die dieser unglückliche Krieg dem Volke geschlagen hat, und eine sichte Zukunft vorzubereiten. Mögen durch die Zusammenfassung aller Kräfte unsere heißen Wünsche, die wir für die Zukunft unserer Stadt hegen, in Erfüllung gehen! Der 12. November 1918 wird ein ewig geschichtlicher Tag sein. Heil Deutschösterreich! (Sechste Deilrufe.) Dann folgen mehrere Anfragen.

Einfuhr aus Argentinien.

Der Bürgermeister fragt, ob neben argentinischem Getreide auch für die Einfuhr von argentinischem Fleisch Vorbereitungen getroffen werden. Der Bürgermeister erwidert, daß bereits das Rabelbelegum wegen Stellung von entsprechenden Weizen- und Maisvorräten abgegangen sei. Fleisch und Fett werde zweckmäßiger aus Nordamerika bezogen, erstens wegen der kürzeren Zeit und dann ist Fleisch und Fett in Nordamerika in entsprechenden Mengen erhältlich.

Der Arzneimittelfandal.

Der Bürgermeister weist in einer Anfrage darauf, daß in Wien bei einer Körperhaltung ungeheure Mengen von Heilmitteln, Verbandstoffen und sonstigen Sanitätsmaterialien vorrätig sind, ohne daß diese ihrer wirklichen Bestimmung, der Verwendung für Kranke, zugeführt werden. Diese Körperschaft ist der Verein Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz, für welche während der ganzen Kriegsdauer alle Gesellschaftsmitglieder in oberemutiger Weise Geschenke in Bargeld und Naturalien zur Verfügung gestellt haben. Wie die teils geschenkten, teils billigt eingekauften und aufgeschichteten Lebensmittel verwendet wurden, hat die Öffentlichkeit durch Zeitungsberichte in der jüngsten Zeit erfahren und aus einem Artikel der Arbeiter-Zeitung ist zu erfahren, daß die für vermundete Soldaten bestimmten Lebensmittel wie Kaffee, Mehl, Marmelade, Sardinen, Nudeln, etc. oftmals einzelnen namentlich genannten Mitgliedern und Funktionären des Roten Kreuzes zugute kamen. Von der Verwendung der Heilmittel, mindestens derzeit, weiß die Öffentlichkeit nur das eine, was ihr während der abgelaufenen Grippeepidemie mit großer Heilung und unter namentlicher Betonung einzelner hervortretender Funktionäre aufgedrängt wurde, daß nämlich diese Gesellschaft oder das analoge Sanitätsdepartement dem ehemaligen Ministerium für Volksgesundheit größere Vorräte von Medizin zur Verfügung gestellt hat. Man hat es sich in der am 4. November d. J. unter dem Vorsitz des Hofrates Windt stattgefundenen Sitzung der Preisprüfungsstelle herausgestellt, daß das Sanitätsdepartement des Roten Kreuzes der Nachhilfe für Bewirtschaftung von Arzneimitteln im Kriege nicht umsonst, sondern gegen Entgelt im ganzen 150 Kilogramm Aspirin, das sind 300.000 halbkugelförmige Pulver, verkauft hat. Es wurde dort auch festgestellt, daß im Depot dieser Gesellschaft noch große Mengen von Medikamenten und speziell Verbandstoffe anheben sind, die einen überaus großen Wert repräsentieren, während sie feinerzeit, wenn nicht unentgeltlich, so doch sehr billig angekauft, dem Verfehr entzogen wurden. Es wird schließlich gefragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß, wenn diese Arzneimittel vorhanden sind, diese der Gemeinde Wien oder Deutschösterreich zugeführt werden.

Der Bürgermeister erwidert, daß die gesamten Bestände der Gesellschaft vom Roten Kreuz dem Staatsamt für Volksgesundheit und jenem für die Übergangswirtschaft übergeben wurden.

Der Dienleid der Lehrer.

Der Herrmann stellt folgende Anfrage: In dem Gelöbnis, welches Lehrer und Lehrerinnen abzulegen hatten, ist ein Passus enthalten, welcher besagt, daß diese Angestellten weder einem demokratischen Verein noch einem sozialdemokratischen Verein angehören dürfen. Die Ereignisse haben diesen Teil des Gelöbnisses, der seine Urheber mit Ehracht und Schande bedeckt, hinfällig gemacht, und es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, in öffentlicher Gemeinderatssitzung zu erklären, daß nicht nur die Lehrer und Lehrerinnen, sondern alle, die solches Gelöbnis ablegen mußten, desselben entbunden sind.

Dr. Weisbacher: Das, was Neumann betrifft, war eine Einschränkung meines Vorgängers Dr. Lueger. Ich selbst habe von keinem Bewerber und von keinem, der angeht, wurde, ein derartiges Gelöbnis gefordert. Sollte aus früherer Zeit irgend wer ein Bedenken haben, ob er jetzt, im Reichen der Republik, noch an das Gelöbnis gebunden ist, so erkläre ich, daß ich auch im Sinne meines Vorgängers und frakt der Nachfolge alle, die es angeht, diese Gelöbnisse entbunden.

Das Anleihen.

Es wird hierauf an die Entscheidung der Tagesordnung geschrieben. Der Bürgermeister referiert über die Begebung der vom Gemeinderat beschlossenen 250 Millionen Kronen-Anleihe und bittet um Annahme der Anträge.

Die Anträge werden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Kriegszulagen der künftigen Angestellten.

Der Herrmann stellt folgende Anfrage: In dem Gelöbnis, welches die künftigen Angestellten abzugeben haben, ist ein Passus enthalten, welcher besagt, daß diese Angestellten weder einem demokratischen Verein noch einem sozialdemokratischen Verein angehören dürfen. Die Ereignisse haben diesen Teil des Gelöbnisses, der seine Urheber mit Ehracht und Schande bedeckt, hinfällig gemacht, und es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, in öffentlicher Gemeinderatssitzung zu erklären, daß nicht nur die Lehrer und Lehrerinnen, sondern alle, die solches Gelöbnis ablegen mußten, desselben entbunden sind.

Es werden sodann auch die anderen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände, sämtlich ohne Debatte, erledigt und hierauf die Sitzung geschlossen.

Die neue Zusammensetzung des Gemeinderates.

Unter dem Vorsitz seines Obmannes fand eine vollzählig besuchte Sitzung des Bürgerklubs statt, die sich mit der Neugefaltung der politischen Verhältnisse und ihren unabwiesbaren Folgeerscheinungen auf die Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates befahte. Der Zusammensetzung des provisorischen Gemeinderates bis zu den Neuwahlen wurde zugestimmt; diese Zusammensetzung wird nach einem Schlüssel zwischen den drei Parteien des Gemeinderates vereinbart werden. Infolgedessen ergab sich für eine Anzahl von christlich-sozialen Gemeinderäten die Notwendigkeit, zurückzutreten. Die Verhandlungen zwischen den Parteien finden morgen ihre Fortsetzung und werden voraussichtlich dann zum Abschluß gelangen.

Die Ernährungsfragen.

Die Lebensmittelmärkte. Die Zufuhren auf den Grünwarenmärkten blieben auch gestern wieder auf Kraut und die verschiedenen Rübensorten beschränkt. An Obst herrschte der gleiche Mangel wie immer. Auch der Fischmarkt blieb gestern verödet, da die ungarischen Flußfische ausbleiben und Seefische erst in den nächsten Tagen er-

wartet werden. In der Großmarkthalle wurden 1000 Stück Schafe angeliefert. Davon erhielten 500 Stück die Bezirksfleischhauer, um für heute bei dem Mindestfleischmarkt wenigstens mit Schlachtfleisch gedeckt zu sein. Für die nächste Woche dürfte vorrausichtlich wieder Mindestfleisch abgegeben werden können.

Verhandlungen mit Deutschland wegen einer Lebensmittelhilfe. Unter der Führung des Inspektors E. B. des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung begibt sich heute Donnerstag eine Abordnung der Regierung nach Berlin, um wegen Gewährung einer Lebensmittelhilfe mit der deutschen Regierung zu unterhandeln.

Die Milchversorgung Wiens. In der Sitzung der Milchversorgungskommission vom 12. d. machte der Leiter Dr. Natter die Mitteilung, daß die Milchlieferungen nach Wien neuerlich bedeutend zurückgegangen seien, so daß bereits die Versorgung der Säuglinge und Kranken auf ernste Schwierigkeiten stößt. Grund hierfür sei hauptsächlich das durch die bekannten politischen Verhältnisse verursachte Ausbleiben der mährisch-slawischen und ungarischen Provenienzen; aber auch die Anlieferungen aus Niederösterreich seien nicht unbedeutend zurückgegangen. Der Bürgermeister habe sich sofort nach dem Ausbleiben der Milchlieferungen telegraphisch an den Narodni Wybor in Brünn sowie an die ungarischen Minister für Volksernährung, Handel und Gewerbe mit der dringenden Bitte um sofortige Freigabe dieser Milchlieferungen gewendet und hierbei Verhandlungen mit dem Gesandten des tschechoslowakischen Staates Lusa r gepflogen. Der ungarische Handelsminister Garani habe dem Bürgermeister mitgeteilt, daß vom ungarischen Handelsministerium die ungehinderte Weiterbeförderung der nach Wien bestimmten ungarischen Milchlieferungen bereits verfügt wurde. Trotz dieser Zusicherung soll jedoch nach einer Mitteilung der Erzherzog Friedrich'schen Güterdirektion in Ungarisch-Altenburg die Milch dieser Güterdirektion für Budapest beschlagnahmt worden sein, was dem Bürgermeister neuerlich veranlaßte, die sofortige Freigabe telegraphisch zu erwirken. Wegen der mährischen Milch sei bisher so viel erreicht worden, daß die Beförderung der Milch aus den niederösterreichischen und deutschmährischen Gebieten über Mähren sowie die Steilmilchlieferungen aus dem Ausland freigegeben wurden. Der Beirat der Milchversorgungskommission beschloß, an den tschechischen Nationalrat einen Appell zu richten, er möge die Milch für die Wiener Säuglinge und Kinder im Interesse der Menschlichkeit freigegeben. Ein Schriftstück, welches von der Gemeinde Wien, von den Konsumentenorganisationen als Vertretern der Mütter und allen Fürsorgestellen für Säuglingschutz unterfertigt werden muß, soll gemeinsam dem tschechischen Nationalrat überreicht werden. Weiter wird an den Landeshauptmann von Niederösterreich mit dem Ersuchen herangekehrt werden, er möge mittelst eines Aufrufes auf die niederösterreichischen Landwirte im Interesse der Milchlieferung Wiens einwirken.

Einkaufsscheine für Mindestfleisch. Das Bezirksmilitärkommando Wien, Stelle 1, macht darauf aufmerksam, daß ein Teil der Einkaufsscheine für Mindestfleisch für eine Person, welche derzeit an zugestellter oder aus anderen Gründen den Haushalten zugewachsene Personen ausgegeben werden, fast auf weißem auf grauem Papier hergestellt wurden. Diese amtlichen Scheine müssen daher in den Mindestfleischabgabestellen gleich den weißen Scheinen behandelt werden.

Kräftliche Krautzufuhren. Die Wiener Gemüseland- und Obstübernahme- und Verteilungsgesellschaft gibt bekannt, daß gegenwärtig große Mengen von Frischkraut auf den Markt kommen und daß infolge der reichlichen Anlieferungen auch eine bedeutende Ermäßigung des Verkaufspreises eintritt. Da die Anlieferungen nach kurzer Zeit wieder aufhören werden, wird den Hausfrauen empfohlen, sie günstige Beschaffung des Marktes auszunützen und den Wintervorrat jetzt einzudecken.

Keine Flugverkäufe. Im Finanzausschuß der Nationalversammlung wurde der einmütigen Anschauung Ausdruck gegeben, daß die Bevölkerung vor unüberlegten Verkäufen von Kriegsanleihe und sonstigen Staatspapieren und vor den Untrieben jener Spekulanten zu warnen sei, die den Versuch machen, Unersahenen Staatspapiere zu sehr gedrückten Preisen abzunehmen.

Wiedereinführung der Sonn- und Feiertagsruhe. Der Staatssekretär für soziale Fürsorge hat die

gesetzlichen Vorschriften über die Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbebetrieb, die während des Krieges zum Teile außer Kraft gesetzt waren, mit 15. d. wieder im Wirksamkeit gesetzt.

Theater und Kunst.

Theater in der Josefstadt. „Das Weib und der Dampfmann“ von Pierre Louys und Pierre Frondaie. Eine Komödie, die sich raffiniert erotisch gebärdet und ersten und letzten Endes bloß aufdringliche Pornographie ist. Die Fingertendenzin Ganga bedient einen reichen Lebensmittelhändler. Zuerst spielt sie mit ihm, dann entzündet sie sich an ihm und erliegt seinen Küffen. Aber die körperliche Hingabe verweigert sie. Aus Reineheit? Aus Frauenhohelt, die ihre Würde nicht für Geld verraten will? Aus kalter Berechnung, sich möglichst lange auszusparen? Oder aus bloßer weiblicher Unberechenbarkeit? Immerhin wird der Zuschauer neugierig. Aber es nützt ihm nichts. Er bekommt nur ein mehrfaches Da capo. Mit für Alt halten sich die beiden brünstig umfängen, immer wieder atmet Ganga kurz und stoßweilig, aber immer wieder entschwindet sie im vorletzten Augenblick und wendet sich ihrer Jungfernhaut, die sie eben nicht zu Markte tragen will. Bis endlich der genarrte Mates seine Geliebte packt und in kniffliger Tut auf sie losfährt. Und Ganga? Sie verdreht die Augen und schreit: „O wie gut!“ Auf so zarte und sinnliche Weise soll dargeboten werden, daß im Liebestampfe der Geschlechter eine Portion Brutalität der Mann überlegen macht. Mit welcher ethischer Reinheit hat Strindberg die gleiche Szene im letzten Akt seiner „Kameraden“ gebracht! Aber welche Verhöhnung hat denn so eine dramatisierte Bote zu Strindberg! Vergnügen wir uns mit der Feststellung, daß die niedrige, seelenlose Mache, die der Mühsal der Kunst entlaufen ist und — dank unserem Publikum — die Kunst des guten Geschmacks und eines vornehmeren Menschens nicht zu fürchten braucht, bis zum Stel deutlich gezeigt hat, daß unsere neue Zeit auch ein von Grund auf neues Theater braucht. Selbst auf die Gefahr hin, daß die virtuose Frau Konstantin um eine ephemer-nische Paraderolle weniger haben sollte. Bn.

Stadttheater. Die neue Operette „Der Kongreß tanzt“, Text von B. A. J. und W. L. M. A. N., Musik zusammengesetzt von Karl Lafitte, verdient wegen der Sauberkeit und der Zurückhaltung der Bühnenhandlung, wegen der Reinlichkeit ihrer Worte gewiß den Vorzug vor der üblichen Operetten-mache unserer Tage. Aber diese ganze Operette ist unzulässig. Will man durch Mozart das Singpiel zurückgewinnen, nun gut, so läßt man keine Singelie auf; „Die Entführung“ ist eines, und erst recht „Die Zauberflöte“. Man komme uns nicht mit der Nebenart, ein für die Operette bearbeiteter Mozart oder Beethoven — wirklich und wahrhaftig Beethoven! — oder Weber sei noch immer besser als die mit Melodien zu sagen Originalmelodien der meisten heutigen Operetten. Das ist nicht wahr; ein guter Lehrer, der nichts anderes sein will als er selber, ist wertvoller und geschmackvoller als jede zu Operettenzwecken geschändete Melodie des größten Meisters. Nein, durch solche Bearbeitungen wird der Geschmack des Theaterpublikums nicht gehoben, im Gegenteil. Wir haben das alles schon bei „Dannert“ gesagt; bei dieser blöden Fortsetzung mußte das mit allem Nachdruck wiederholt werden. Dem Publikum der ersten Aufführung gefiel die neue Operette nichtsdestoweniger sehr gut. Unsterbliche Melodien bleiben unsterblich, auch wenn sie mißbraucht werden, und an Herrn T. A. T. E. N. H. A. Y. N. hat die Operette einen schöpferischen Komiker. h. th.

Alexander Moissi am Burgtheater. Zwischen dem Burgtheater und Alexander Moissi ist ein Abkommen getroffen worden, das den Künstler verpflichtet, sich vom Jahre 1920 angefangen eine Reihe von Monaten dem Burgtheater zur Verfügung zu stellen. Für das Jahr 1919 ist ein Gastspiel vorgesehen, das am 22. März beginnt.

Carl-Theater. Morgen nachmittag gelangt die 3. e. l. e. r. i. e Operette „Der Obersteiger“ zur Aufführung. Die neue Wiener Bühne. Morgen Freitag wird zum erstenmal das Lustspiel „Im Vergnügen“ von Abel Dermani mit Konfanz v. Linden als Gast aufgeführt. Beginn 7/7. Uhr.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Freitag den 15. d. M.

um 10 Uhr vormittags findet in Wien, II, Gmüßlerstraße 10A (Kaffeehaus) die Aogabe von

40 Militärpferden

letzens der Pferdebewertungsstelle der Hauptanstalt für Gasdemobilisierung statt. Bekämpfung des Veterinär- respektive Gemeindeamtes notwendig.

Die große Prämie von 700.000 Kronen der Klassenlotterie (Ziehung 7. November d. J.) fiel auf Nr. 88735. Lose erster Klasse zur XI. Lotterie 1/5, 1/10, 1/20, 1/40 Kronen noch erhältlich bei der Geschäftsstelle Ludwig Friedmann, Wien I, Salzgries Nr. 12. Postkarte genügt.

Verlustanzeige!

Eine lebende Hundstafel, schwarz, mit Verhinderung, wurde am 13. d. M. vor dem Parlamentgebäude verloren. Zu derselben befindet sich ein goldenes Halsband, an einer langen, ziemlich starken Goldkette angehängt, eine Kette, ein Zylinderhut mit schwarzen Band und eine Bekleidung zum hässlichen Dienstvermittlungsbüro Sandstraße. Abzugeben gegen hohen Rückkauf bei Gen. Siegmund Langer, II, Sandstr. 141, Tür 12. 3690

W. J. W. Donnerstag von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags A bis Z; von 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends Kartoffeln für die Buchstaben P bis R.

Bereine und Vorträge.

Wiener Arbeiterjugend! Freitag um 5 Uhr nachmittags im Saale des Verbandsheims, Königsgasse Nr. 10, Jugendversammlung. Sprechen werden Dr. Max Adler und Therese Schlegel über Arbeiterjugend und Revolution.

Achtung, Buchdrucker! Die einberufenen Bezirksversammlungen finden heute Donnerstag in denselben Lokalitäten statt.

Fähnhaus. Samstag den 16. d. um 1/2 7 Uhr abends Bezirksausführung.

Nationalitätenkampf und politische Prozesse im ehemaligen Oesterreich. Darüber spricht im Niederösterreichischen Gewerbeverein (Gartenbaggasse Nr. 11) heute Donnerstag um 1/2 7 Uhr abends Dr. Walthar A. o. e.

Verammlung der Postbediensteten. Samstag um 7 Uhr abends in Fuchs' Saal, Rennweg Nr. 71. Tagesordnung: 1. Die Neuordnung Deutschösterreichs. 2. Die Gesamtorganisation der Postangestellten aller Kategorien. Referent: Präsident S. o. l.

Verammlungen der Industriearbeiter. Donnerstag um 7 Uhr abends im Restaurant Submann, Neubaugasse Nr. 68, im Restaurant Heindl, zum wilden Mann, Favoritenstraße Nr. 54. Tagesordnung: Die Rückwirkung der letzten Ereignisse auf die Angestellten.

Vereinigung der Angehörigen von Kriegsgefangenen in Afrika, Dauria, Tunesien, Senegal und Äthiopien. Die nächste allgemeine zugängliche Versammlung findet Sonntag den 17. d. um 3 Uhr nachmittags im Anatomischen Institut statt. Bericht über die allgemeine Lage unserer Kriegsgefangenen.

Versammlung der Journalisten. Sonntag vormittag findet im Verbandsheim, Königsgasse Nr. 10, die Fortsetzung der am Montag im Eisenbahnerheim veranlagten Versammlung statt.

Antworten der Redaktion.

H. G. Einmal. — J. G. Wenden Sie einen Abendkurs in den beiden Volkshochschulen oder in der „Krania“. — M. Karba, Wien. Solche Zuschriften sind uns bisher nicht zugekommen. Sie mühten es vielleicht durch eine Anzeige in unserer Zeitung versuchen. — G. Koczera. Wir können keine Stellen vermitteln. Sie mühten sich dort selbst bewerben. — Bergweilste Lage. Sie werden von dort, wenn Sie sich als zur deutschösterreichischen Armee zugehörig bezeichnen, ohne hin entlassen werden. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Die Heimleitung erfolgt ohne in kurzer Zeit.

THEATER
Hof-Burgtheater . . . Die Südin v. Toledo
Hof-Operntheater . . . Romeo und Julie
Volksoper . . . Cavalleria rusticana
Deutsches Volkstheater . . . Anatol
Wiener Kammerpiele . . . Frühlingserwachen
Neue Wiener Bühne . . . Waldbesiedlung etc.
Volksbühne . . . Der Gott der Mache
Theater in der Josefstadt . . . Das Weib und der Dampfmann
Raimund-Theater . . . Das Dreimäderlhaus
Theater an der Wien . . . Wo die Lerche singt
Wiener Bürgertheater . . . Der dunkle Schach
Wiener Stadttheater . . . Der Kongreß tanzt
Carl-Theater . . . Die Kinokönigin
Johann Strauß-Theater . . . Eine Ballnacht
Wiener Komödienhaus . . . Pericles von Tyrus
Lustspiel-Theater . . . Der selbige Waldm
Künstlerhaus
Geschlossen.
Eröffnung der HERBSTAUSSTELLUNG
Sonntag den 17. November 1913.
Gelernte Schuhmacher
werden gegen gute Entlohnung für Schuhbesserungs-
werkstätte gesucht. Nordbahnstation, II. Nordwestbahn-
straße 2. I. Stock, Tür 51.

Arbeiterhelm Stützling
im Vorterrassal, Zugang Haupt-
gasse durch die Restauration und
Kreuzergasse (Lorenzweg).
Telephon 34149 Telephon 34149
Samstag den 16. November
abends 8 Uhr, nur für Er-
wachsene:
Kinovorstellung.
Mutterdam — Amherdham.
Beitragsgeschichte in vier Akten
mit Wigo Lachen in der Haupt-
rolle.
Spielplan:
Jeden Sonn- und Feiertag ab
7 1/2 Uhr abends in den Son-
teramtszeiten, bei freien
Sonn- und Feiertagen der
Kavalle D. Cassol.
Favoritener Volksbühne
X. Lagerbühnenstraße 8/10
(Kreuzergasse)
Telephon 5773 Telephon 5773
Samstag den 16. November
abends 7/7 Uhr:
Theatervorstellung.
Spielplan:
Jeden Samstag, Sonn- und
Feiertag: Theatervorstellung.
Jeden Montag, Mittwoch und
Freitag: Kinovorstellung.

Ben Gieber's
Apollo
Künstler-Theater
Freitag den 15. November
und
Sonntag den 17. November
nachmittags 7/8 Uhr
bei ermäßigten Preisen
und täglich 7 Uhr abends
Kongress
der Wiener Lieblinge
Hansi Niese
Mizzi Zwerenz
Fritz Werner
Josef König
Oskar Sachs
Aline Davis
Gastspiel
Frieda Hess
Jan Trojanowski
vom Hoftheater in Dresden, und
der November-Variététeil.

DORN'S
KÜNSTLER
BÜHNE IM
BRONACKER
7 Uhr Beginn 7 Uhr
Mizzi Günther
Louis Treumann
Richard Waldemar
und das vollständig neue, große
November-Variété-
Programm. 4579
Morgen Freitag (Feiertag) um
7 1/2 Uhr nachmittags: Vorstellung
bei neuen Preisen. Augenblicklich
Beitrag gelattet.
Schumann
Variété.
Die Fiedl-Sänger
XV. Währstraße Nr. 6/8.
Telephon 57444. 4568
Täglich 1/8 Uhr:
Das neue November-Programm.
Morgen Freitag:
2 grosse Vorstellungen
naml. 8 Uhr und abends 1/8 Uhr.

Beluchtungshaus
B. WALTER
VI. Gumpendorferstrasse 88B
Ecke Webgasse
erlaubt sich dem p. t. Engros-
und Detail-Kunden die höfll.
Mitteilung zu machen, dass sich
das seit Jahren bestehende
elektr. Etablissement infolge
lebhaften Zuspruches, be-
deutend vergrößert und nach
wie vor alle einschlägigen
Artikel zu bekannt billigen
Preisen lagernd hat.
Besondere Spezialitäten:
Leitungsdrähte
Litzen
und sämtliches Installations-
material stets vorrätig.

